



EUROPA 2 de septiembre de 2025 | José Montilla Aguilera (/ipg/autorinnen-und-autoren/autor/jose-montilla-aguilera/)

Mitos de la derecha

La ley de amnistía está polarizando a España. Pero no es el presidente del Gobierno, Sánchez, quien amenaza la democracia, sino una oposición de derecha que la está socavando.

El debate político en torno a la «Ley Orgánica de Amnistía para la Normalización Institucional, Política y Social en Cataluña» ha puesto de manifiesto las tensiones existentes en España. Se trata de una ley sumamente controvertida (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/spanien-amnestiegesetz-katalanen-100.html>), ya que sus defensores y detractores defienden posturas opuestas ante un problema que no solo es jurídico, sino, sobre todo, político y de gran importancia para la sociedad española en su conjunto, pero especialmente para Cataluña.

¿Qué debería ocurrir con los partidarios de la secesión catalana tras su fracaso? Si bien la democracia española logró repeler el ataque secesionista, era necesario sanar las heridas internas. Resulta insuficiente encarcelar a los líderes y procesar a miles de simpatizantes ante lo que, en esencia, es un conflicto político. Esta opinión es compartida por la mayoría del Parlamento español.

La derecha, integrada por el conservador *Partido Popular* (PP) y el medio populista de derecha *Vox*, sostuvo y mantiene hasta el día de hoy la postura de que los líderes deben permanecer bajo custodia y que todos los acusados en los procesos judiciales en curso deben ser procesados. Rechaza cualquier concesión en lo que respecta a los esfuerzos de reconciliación.

La ley de amnistía fue aprobada por mayoría absoluta en el Parlamento, órgano legislativo. La derecha acusó a los socialistas de haber contado con el apoyo de los independentistas para lograrlo. Sin embargo, cabe recordar que en un Parlamento elegido democráticamente, todos los votos tienen el mismo valor, un hecho evidente que algunos prefieren ignorar.

Die Rechte erklärte das Gesetz für verfassungswidrig und organisierte zahlreiche Straßenproteste, um einen angeblichen „Angriff auf die Demokratie“ anzuprangern. Parallel dazu setzte sie in sozialen Netzwerken und Medien auf eine hartnäckige Kampagne, um die angebliche Verfassungswidrigkeit zu belegen.

Inzwischen hat jedoch das Verfassungsgericht – als einzige zuständige Institution – festgestellt, dass das Gesetz mit der Verfassung im Einklang steht.

Inzwischen hat jedoch das Verfassungsgericht – als einzige zuständige Institution – festgestellt, dass das Gesetz mit der Verfassung im Einklang steht. Die Behauptung, die unter anderem von Cristina Ramirez hier im IPG-Journal vorgebracht (<https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/macht-um-jeden-preis-8473/>), wurde, es habe „den demokratischen Test nicht bestanden“, trifft daher nicht zu. Gleichwohl hält die spanische Rechte an dieser These fest und attackiert nun zusätzlich den Präsidenten des Verfassungsgerichts, weil er ihrem Druck nicht nachgegeben hat – eine kuriose Form der angeblichen Verteidigung des Rechtsstaats.

Unabhängig von seiner Verfassungsmäßigkeit hat das Amnestiegesetz – zusammen mit weiteren Maßnahmen der Regierung – dazu beigetragen, dass die Unabhängigkeitsbefürworter im katalanischen Parlament ihre absolute Mehrheit verloren. Zudem wurden politische Entscheidungen angestoßen, die die sozialen Spannungen in Katalonien verringert haben. Unter der neuen Regierung unter Führung des Sozialisten Salvador Illa kamen Themen auf den Tisch, die die Unabhängigkeitsbewegung über Jahre mobilisiert und die die politische wie wirtschaftliche Entwicklung Kataloniens belastet hatten.

Dabei handelt es sich um komplexe Fragen, die einen regionalen Konsens, Absprachen mit der Zentralregierung sowie Gesetzesänderungen im Abgeordnetenhaus erfordern: etwa das Finanzierungssystem der Autonomen Gemeinschaft, Zuständigkeiten im Schienenverkehr, die Erweiterung des Flughafens Barcelona, Entscheidungsbefugnisse in der Einwanderungspolitik oder staatliche Investitionen in Katalonien – um nur die wichtigsten zu nennen.

Am wichtigsten ist jedoch: Die Verabschiedung des Amnestiegesetzes und die damit verbundenen Entscheidungen über die Kompetenzen der Autonomen Gemeinschaften haben bewirkt, dass jene Kräfte, die Spanien den Rücken kehren wollten, nun wieder an den Debatten im Parlament teilnehmen. Sie tun dies selbstverständlich aus der Perspektive ihres eigenen politischen Projekts – ein Projekt, das wir Sozialisten nicht teilen, aber respektieren. Diese Anerkennung der Legitimität unterschiedlicher Vorhaben, deren Vertreter im Dialog aufeinandertreffen, verhandeln und Kompromisse schließen müssen, bildet das Fundament des parlamentarischen Demokratiesystems.

Für ein richtiges Verständnis der politischen Lage in Spanien sind zwei Aspekte entscheidend: die Amtseinführung von Pedro Sánchez und die grundlegende Debatte über das Modell der territorialen Organisation des Landes.

Seit ihrer Niederlage im Parlament betrachtet die Partido Popular Pedro Sánchez als illegitimen Ministerpräsidenten.

Nach den Parlamentswahlen vom 23. Juli 2023 stellte die *Partido Popular* mit 137 Sitzen die größte Fraktion. König Felipe VI. beauftragte daher deren Vorsitzenden Alberto Núñez Feijóo mit dem Versuch, die Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu gewinnen. Doch Feijóo scheiterte: Sein einziger Verbündeter war die rechtsextreme *Vox*. Keine andere Fraktion war bereit, sich seinem Projekt anzuschließen. Daraufhin nominierte der König den amtierenden Ministerpräsidenten Pedro Sánchez. Die PSOE, die 121 Sitze errungen hatte, sicherte sich mit insgesamt 179 Stimmen die Mehrheit und Sánchez wurde erneut zum Regierungschef gewählt.

Seit ihrer Niederlage im Parlament betrachtet die *Partido Popular* Pedro Sánchez als illegitimen Ministerpräsidenten. Sie stellte die Gültigkeit seiner Amtseinführung infrage, nutzte ihre Mehrheit im Senat, um Initiativen der Regierung wie des Abgeordnetenhauses zu blockieren, griff systematisch auf juristische Mittel zurück, um – erfolglos – ihre Thesen zu untermauern, und entwickelte eine Erzählung, die auf Falschmeldungen, Halbwahrheiten und Gerüchten basiert. All dies trägt lediglich zur Polarisierung und zur Zuspitzung der

notwendigen Debatte zwischen Regierung und Opposition bei. Ein solches Verhalten entspricht nicht dem demokratischen Anspruch, den man von einer Partei mit konstruktiver Ausrichtung und mit Regierungsambitionen erwarten darf.

So wichtig all dies für das Verständnis der spanischen Innenpolitik ist – der eigentliche Konflikt betrifft das Selbstverständnis des spanischen Staates. Spanien ist aufgrund seiner Geschichte, des ausgeprägten Nationalgefühls in Teilen seines Territoriums, seiner unterschiedlichen Sprachen und kulturellen Traditionen sowie seiner politischen Geografie ein sehr vielfältiges Land. Die *Partido Popular* – ebenso wie *Vox* – leugnet de facto diese Pluralität und lehnt jeden Fortschritt in Richtung territorialer Selbstverwaltung ab. Genau deshalb ist Pedro Sánchez Regierungschef – und Alberto Núñez Feijóo genießt im Parlament nicht das notwendige Vertrauen.

Die Wahrung der Demokratie ist, wie Cristina Ramírez zu Recht betont (<https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/macht-um-jeden-preis-8473/>), eine vorrangige Aufgabe der Linken. Meiner Ansicht nach sollte sie ebenso für die demokratischen Rechte gelten. Demokratie gründet jedoch in erster Linie auf dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Dieses Vertrauen schwindet, wenn die Menschen den Eindruck haben, dass ihr Wohlstand abnimmt, während sich der Reichtum – und damit auch die Chancen – auf immer weniger, dafür immer reichere Menschen konzentriert. Es erodiert, wenn Rechte und extreme Rechte gemeinsam Ängste und Unsicherheit schüren. Das Vertrauen gerät in Gefahr, wenn Gerüchte, Fake News, Halbwahrheiten, Hassrede und Polarisierung in unseren Gesellschaften triumphieren. Und es setzt das Verständnis sowie die Anerkennung der Pluralität Spaniens und der Identitätsgefühle in seinen verschiedenen Regionen voraus.

Deshalb ist es entscheidend, nicht der hartnäckigen und wirkungsvollen Propaganda zu erliegen, mit der uns die extreme Rechte beständig bombardiert. Die Verschlechterung der demokratischen Kultur in Spanien ist nicht das Werk von Pedro Sánchez und seiner Regierung, sondern das einer Rechten und einer extremen Rechten, die sich als Eigentümerinnen der Institutionen des Landes verstehen.

Lesen Sie in der Debatte auch die Gegenposition im Artikel

„Macht um jeden Preis? (<https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/macht-um-jeden-preis-8473/>).“ von Cristina Ramirez.



José Montilla Aguilera

Barcelona

José Montilla Aguilera ist Politiker und Präsident der *Fundació Rafael Campalans*. Zuvor war er Präsident der autonomen Regierung Kataloniens.